

# EDITORIAL

---

❖ Vor uns liegt ein spannendes Wahljahr. Mit der vorgezogenen Neuwahl in Hamburg begann eine Serie von Landtagswahlen, die am 18. September mit der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus endet. Bis dahin werden im März Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ihre Landtage neu wählen, im Mai folgt Bremen und im September Mecklenburg-Vorpommern. Insgesamt wird ein Drittel der Bundesbürger in diesem Jahr die Chance haben, „die Politik“ an der Wahlurne zu beurteilen. Die Ausgangssituationen in den Ländern und in den Parteien sind zu verschieden, als dass man eine generelle Prognose wagen könnte. Aus dem gleichen Grunde ist auch eine unmissverständliche Botschaft der Wähler nicht zu erwarten. Allerdings gibt es mindestens zwei Fragen, die an den Wahlurnen der Landtagswahlen geklärt werden. Die erste zielt ab auf die Wahlbeteiligung. Hier haben die Parteien die große Chance, durch interessante Personen, Themen, Strategien, kurz: durch inspirierende Wahlkämpfe die These einer naturgesetzmäßigen Erosion der aktiven Partizipation zurückzuweisen. Begründet wird diese These mit der oft thematisierten Politik- und Parteienverdrossenheit. Sie erwachse aus den Ohnmachtsgefühlen des einzelnen Bürgers gegenüber einer ihm allmächtig erscheinenden Politik. Politiker wie Politikinteressierte werden mit Spannung beobachten, ob die Wahlbeteiligung weiter sinkt oder ob sie sich stabilisiert.

Die zweite Frage, die die Wähler in diesem Jahr zu entscheiden haben, ist die Zukunft der Volksparteien. Ihr ist auch der Schwerpunkt dieses Heftes gewidmet. Natürlich besteht die Herausforderung, möglichst viele Haltungen, Interessen und Mentalitä-



ten anzusprechen, also Volkspartei zu bleiben, auch für die Unionsparteien. Noch schärfer stellt sich diese Problematik aber für die SPD dar, der mit der LINKEN im linken Bereich des politischen Spektrums ein ernster Konkurrent erwachsen ist. Im Osten Deutschlands kann die LINKE regelmäßig

mehr Stimmen auf sich vereinigen als die SPD. Aus dem Drei-Parteien-Parlament der Bonner Republik war in den 1980er-Jahren ein Vier-Parteien-Parlament geworden. Nach der Wiedervereinigung wurde der Bundestag zu einem Parlament mit fünf Parteien. Diese strukturelle Veränderung hat quantitative Konsequenzen für die Größe von Volksparteien. Deshalb ist es nicht sachgemäß, die Debatte über Volksparteien heute im Vergleich mit deren Dimension in den Fünfziger- und Sechzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts zu führen.

Jeder, der sich auch nur aus großer Distanz für Politik interessiert, nimmt in diesen Wochen staunend zur Kenntnis, wie sich der Freiheitswille der Menschen in Tunesien, Ägypten, Jordanien und Jemen Bahn bricht. Jahrzehntelang hat Europa seine Aufmerksamkeit auf die muslimische Welt, auf Stabilität fokussiert und dabei die diktatorische Gewalt übersehen. Noch weiß niemand, ob es diesen Ländern gelingt, einen Übergang von der Diktatur zur Demokratie zustande zu bringen, von der Millionen tunesische und ägyptische Demonstranten träumen. *Die Politische Meinung* wird diesen epochalen Wandel ab April 2011 mit Analysen sondieren. ❖

Wolfgang Bergsdorf

Wolfgang Bergsdorf